DAS MAGAZIN
DER BAYERISCHEN GRÜNEN



SAUBER UNTERWEGS

APRIL 2022

EVA LETTENBAUER:
SAUBER, BEQUEM, FLEXIBEL: UNTERWEGS IN BAYERN

KATHARINA SCHULZE:
FREIHEIT, WOHLSTAND UND KLIMA SCHÜTZEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
BAYERN

NACHLESE

VEREINT FÜR DIE DEMOKRATIE



Foto: Andreas Gregor

Heute ist der 10. März. Unser Magazin, das du gerade in deinen Händen hältst, ging wenige Tage später in den Druck. Was in der Zwischenzeit in der Ukraine und über ihre Grenzen hinaus passiert ist, wissen wir heute, während wir diesen Artikel schreiben, nicht. Natürlich hoffen wir, dass Putin seinen brutalen Angriffskrieg gestoppt hat, die Waffen schweigen und die Menschen in der Ukraine nicht mehr um ihr Leben fürchten müssen. Zur Realität heute gehört aber ganz klar: Die aktuellen Zeichen deuten nicht darauf hin.

Umso wichtiger ist es, dass unsere Solidarität mit unseren Freund*innen in der Ukraine stark wie nie bleibt. Seit Putin seine Truppen in die Ukraine einmarschieren ließ, sind Demokrat*innen auf der ganzen Welt zusammengerückt und machen sich stark für Frieden und Freiheit – auch hier in Bayern. Anstatt uns mit den anderen Parteien am Politischen Aschermittwoch den traditionellen Schlagabtausch zu liefern, haben wir ein Zeichen als Demokrat*innen gesetzt. Mit der CSU, SPD, FDP, den Freien Wählern und der Linken haben wir uns am Friedensengel in unserer Landeshauptstadt München verabredet. Unsere Landesvorsitzenden Eva Lettenbauer und Thomas von Sarnowski haben gemeinsam mit ihnen die ukrainische Flagge hochgehalten – für den Mut und die Kraft der Ukrainer*innen, für ihren Kampf für die Demokratie. Dort haben wir gespürt, wie viel uns als ganz unterschiedliche Parteien vereint, denn wir sind alle überzeugte Demokrat*innen.

Diese starke und verbindende Überzeugung war auch wenige Stunden später bei der Demo am Königsplatz zu spüren, so wie bei vielen anderen Protesten überall in Bayern. Vertreter*innen verschiedener Parteien und Verbände teilten sich eine Bühne, um ihre gemeinsame Solidarität mit der Ukraine und ihren Bürger*innen in die Welt zu senden. Die flammende Rede von Katharina Schulze, unserer Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag, hat uns mitgerissen. Was uns aber am meisten bewegt hat, waren die 45.000 Menschen, die an diesem Abend am Königsplatz zusammengekommen sind. Jung, Alt, Einheimisch, Zuagroast, direkt aus dem Büro, nach den Hausaufgaben, aus dem Fitnessstudio – alle waren wegen derselben Sache hier: um den Menschen in der Ukraine ihre Solidarität zu zeigen und deutlich zu machen, dass sie Putins Krieg ablehnen. Diesen Zusammenhalt kann keine Waffe der Welt zerstören.

LEXIKON

BATTERIE

Die Batterien von E-Autos werden heiß diskutiert, denn ihre Produktion verbraucht viele Ressourcen und das Recycling ist aufwendig. Die Technik wird aber immer besser: Der Anteil des bedenklichen Kobalts sinkt bereits heute, manche Hersteller wollen bald ganz darauf verzichten. Lithium, das „weiße Gold“, kommt aktuell noch vor allem aus Südamerika. Aber auch in Europa gibt es Lithiumvorkommen, die wir abbauen können – das größte davon im deutschen Oberrheintal. Auch das Recycling alter Batterien funktioniert schon jetzt gut. Wir müssen aber noch strengere Vorgaben durchsetzen, damit es wirklich zum Standard wird. In Zukunft könnten alte Fahrzeugbatterien auch ein zweites Leben als stationäre Stromspeicher bekommen – die Forschung ist dran. Alles in allem haben E-Autos schon jetzt eine bessere Ökobilanz als jeder Verbrenner. Um Umwelt und Menschenrechte bei der Produktion noch besser zu schützen, kämpfen wir GRÜNE für wirksame Lieferkettengesetze im Bund und in Bayern.



Foto: Szilvia Izso

EVA LETTENBAUER, LANDESVORSITZENDE

SAUBER, BEQUEM, FLEXIBEL: UNTERWEGS IN BAYERN

Ein Magazin der GRÜNEN, das sich mit dem Auto beschäftigt: Ungewöhnlich? Nein, notwendig. Das Auto ist ein wichtiges Fortbewegungsmittel und somit auch ein wichtiger Baustein der Mobilität in Bayern. Viele Menschen sind darauf angewiesen. Sie brauchen es im täglichen Leben, um zur Arbeit zu kommen oder die Großeltern zum Arzt zu fahren. Das Auto ist an vielen Orten in Bayern nicht wegzudenken. Aber es ist möglich, klimaneutral Auto zu fahren. Es ist möglich, das Auto effizienter zu nutzen.

Die Automobil-Wirtschaft treibt die Elektromobilität voran – und wir unterstützen sie dabei. Mit uns in der neuen Bundesregierung steht fest: Spätestens 2035 werden in Deutschland keine Autos mit fossilem Verbrennungsmotor mehr zugelassen. Das gibt Bayerns Auto-Bauer*innen und -Zulieferfirmen endlich die dringend nötige Planungssicherheit, damit sie ihre Investitionen voll auf die klimafreundliche Zukunft ausrichten können. Und das macht uns unabhängiger von Putins Öl. Die Veränderungen, die die E-Mobilität mit sich bringt, sind für viele Betriebe riesig und erfordern eine große Umstellung. Wir werden unsere bayerischen Unternehmen begleiten und mit ihnen Deutschland zum Leitmarkt für Elektromobilität machen.

In unserem Alltag sind E-Autos längst eine echte und gute Alternative zum Verbrenner. Ich lebe in einem kleinen Dorf in Nordschwaben und pendle mehrmals die Woche mit meinem E-Auto zum nächstgelegenen Bahnhof. Ohne das Auto käme ich nach 19 Uhr von dort nicht mehr zurück nach Hause. Ob für mich im Donau-Ries oder in deinem Ort: Das E-Auto schafft die im Alltag nötige Reichweite spielend. Die Kosten für Unterhalt und Strom sind meist deutlich geringer als bei Verbrennern. Jeder Ratsch an der Ladesäule hilft, um Vorbehalte auszuräumen, das ist meine Erfahrung. Die meisten Menschen laden ihr Auto immer an ihrer „Stammsäule“ oder zu Hause an der eigenen Wallbox, so wie ich. Bei den Ladesäulen haben wir noch Aufholbedarf: Bayern muss sein Lade-Netz überall ausbauen, damit Laden für alle bequem und einfach möglich ist.

Aber braucht wirklich jede*r ein eigenes Auto? Die meisten privaten Autos stehen etwa 23 Stunden am Tag ungenutzt herum. Wieso also das Auto nicht teilen? Ein flexibles E-Auto-Sharing ist nicht nur in der Großstadt, sondern auch im Dorf die beste Möglichkeit, um den Bürger*innen eine unabhängige und nachhaltige Mobilität zu ermöglichen – ohne eigenes Auto. Die Bundesregierung wird deshalb Sharing-Projekte unterstützen.

Das Auto spielt in Bayern weiterhin eine wichtige Rolle für die Menschen. Wir GRÜNE wollen, dass jede*r bequem von A nach B kommt, und das so klimafreundlich wie möglich. Das klappt mit einer klugen Kombination: Wir brauchen einen öffentlichen Nahverkehr mit Bus und Bahn, der flexibel ist und funktioniert – und wir brauchen zugleich eine Mischung aus eigenen und gemeinsam genutzten E-Autos und Fahrrädern. Das ist die Zukunft.



HINTERGRUND

LADESÄULE GESUCHT

E-Autos boomen in Bayern. Immer mehr Menschen steigen auf einen emissionsfreien Wagen um. Andere haben Zweifel, ob sich ein E-Auto in ihrem Alltag bewährt – vor allem auf dem Land. Unsere Landesvorsitzende Eva Lettenbauer hat mit dem ADAC-Experten Florian Hördegen darüber gesprochen.

Herr Hördegen, fahren Sie auch ein E-Auto?
Ja, ich habe über 100.000 Kilometer mit meinem E-Auto hinter mir – auch in ländlichen Gebieten und teilweise auch fluchend. Gerade auf langen Strecken habe ich schon mit dem Gedanken gespielt, das Auto stehen zu lassen.
Ich wohne in einem kleinen Dorf in Nordschwaben. Wenn ich hier in der Region unterwegs bin, nutze ich meistens mein E-Auto. Das klappt wunderbar. Ich lade es immer zu Hause an meiner Wallbox.
Die Geschichte mit der Wallbox ist spannend. Es gab eine Förderung und viele Leute haben sich eine Wallbox angeschafft, ohne ein eigenes Elektroauto zu besitzen. Ich bin mir zwar nicht sicher, ob die Förderung so gewollt war – aber ich finde das gut, denn ich glaube, dass diese Leute sich über Kurz oder Lang mit der Anschaffung eines Elektroautos beschäftigen werden.
Ich habe neulich mal getestet, wie es ohne Wallbox klappen würde. Ich habe am Abend nicht noch mal vollgeladen und meine Route für den nächsten Tag inklusive Ladestopp gut geplant. Ich musste beim Laden kurz warten, sonst lief es super.
Bis vor einem Jahr stand ich immer alleine an der Schnellladesäule. Kürzlich habe ich gerade noch den letzten freien Platz bekommen. Das hat sich massiv geändert. Seit etwa einem Jahr ist es merklich voller. Wir kommen dadurch an eine Grenze.
Brauchen wir also mehr Ladesäulen, vor allem am Land?
Ja, die Gemeinden sind gefordert, auch am Land mehr Lademöglichkeiten anzubieten. In Dörfern oder Kleinstädten hat mich die Suche nach einer Ladesäule schon manchmal vor ein Problem gestellt. Andererseits erledigt sich das mehr und mehr, weil die Fahrzeuge immer größere Reichweiten haben. Trotzdem: Immer mehr Menschen in Bayern fahren ein Elektroauto und sie brauchen mehr Ladesäulen.
Die neue Bundesregierung hat den Aufholbedarf erkannt, wir wollen bis 2030 eine Million Ladesäulen in Deutschland bauen. Ziehen die Staatsregierung und Verwaltung in Bayern mit?
Klar ist, es braucht den politischen Willen für eine Ladeinfrastruktur am Land. Den erkenne ich nicht immer. Wenn ich etwa durch Nordschwaben fahre, sehe ich sehr wenige Elektroautos. Ich denke, vor allem in der Lokalpolitik gibt es einen großen Aufholbedarf.
Bei den Neuzulassungen boomen E-Autos. Trotzdem sind sich viele Menschen noch nicht sicher, ob das in ihrem Alltag wirklich klappt. Wie können wir sie überzeugen?
Es ist vor allem die berühmte Reichweitenangst, die noch immer viele verspüren. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen: Den allermeisten Fahrer*innen, eingeschlossen mir als Vielfahrer, reichen 350 Kilometer in der Praxis total. Mit einmal Nachladen kommt man 650 Kilometer weit. Das ist eine faire Reichweite für den Alltag. Das zweite große Thema für die Menschen ist die Ladeinfrastruktur, über die wir ja schon gesprochen haben. Da muss sich dringend was tun.
Ich denke, das kriegen wir hin. Wenn ich mein Auto lade, komme ich oft mit neugierigen Menschen jeden Alters ins Ratschen. Ich nehme eine große Aufgeschlossenheit wahr. Danke für das Gespräch, Herr Hördegen!

LANDTAGSWAHL 2023

SCHREIB MIT AN UNSEREM REGIERUNGSPROGRAMM!



Wir GRÜNE schauen einfach gerne voraus, in die Zukunft. Deshalb beginnen wir schon jetzt, unser Regierungsprogramm für die Landtags- und Bezirkswahl 2023 zu schreiben. Du als grünes Mitglied kannst natürlich mitmachen! Wir freuen uns sehr auf deine Ideen, wie wir das Leben der Menschen in Bayern besser machen können.

Schau bei einer LAG vorbei

Die Landesarbeitsgemeinschaften, kurz LAGen, sind unsere grünen Ideenschmieden. Sie sprechen mit Expert*innen aus Forschung und Praxis, verstehen die Probleme der Menschen in Bayern – und entwickeln neue politische Lösungen, die sie in unser Wahlprogramm einbringen. Bestimmt gibt es auch zu deinem Herzensthema die passende LAG.
gruene-bayern.de/lag

Komm zum Programmkonvent

Die allerbesten Ideen entstehen gemeinsam: Deshalb treffen wir uns am 25. Juni zum Programmkonvent. Du bist herzlich eingeladen! Du als interessiertes (Neu-)Mitglied, unsere LAGen und unsere Abgeordneten: Wir starten alle gemeinsam in unseren Programmprozess. Melde dich gleich hier an, denn die Plätze sind begrenzt:
gruene-bayern.de/programmkonvent

Schick uns deine Idee

Du hast schon diese eine, ganz konkrete Idee im Kopf? Oder eine Forderung, die die Menschen in Bayern mitreißen wird? Dann schick sie uns gerne per Mail! Unsere Landesvorsitzenden Eva Lettenbauer und Thomas von Sarnowski leiten den Programmprozess, du erreichst sie unter:
programm@gruene-bayern.de

Unser Ziel: So soll es werden

Unser Programm soll möglichst knackig sein, nah am Leben und leicht verständlich für alle Menschen in Bayern. Neben unseren Forderungen wollen wir deshalb zu allen Themen ganz konkrete Projekte vorschlagen. So können sich die Menschen besser vorstellen, was sich ändert, wenn die GRÜNEN auch in Bayern regieren.

Wahlprogramm 2023: Der Fahrplan

25. Juni 2022
Programmkonvent

Juli bis September 2022
Der allererste Entwurf entsteht

Oktober 2022 bis Februar 2023
Wir diskutieren über unsere Ideen, innerhalb der Partei und mit Vertreter*innen der bayerischen Zivilgesellschaft

März 2023
Entwurf auf bayern.antragsgruen.de

20.–21. Mai 2023
LDK zum Beschluss des Programms

Juli 2023
Kurzfassung des Programms erscheint



THOMAS VON SARNOWSKI,
LANDESVORSITZENDER

DAS LASTENRAD: EIN WAHRES MOBILITÄTSWUNDER

Die Mobilitätswende ist ein Riesenprojekt. Spielt das Lastenrad da wirklich eine Rolle? Ich meine: Ja, eine sehr große. Denn sein Potenzial wird politisch wie privat unterschätzt, teils als reine Großstadt-Lösung kleingeredet. Zu Unrecht!

70 Prozent aller Wege mit dem Auto in Deutschland sind unter 10 Kilometer lang. Das schafft man vor allem mit einem E-Lastenrad locker, auch bei Steigungen. Tatsächlich sind die Reaktionen ausschließlich positiv, wenn ich mit meinem Lastenrad in und rund um Ebersberg unterwegs bin, von neugierig-interessiert bis begeistert. Und das, obwohl ich in einer 12.000-Einwohnenden-Stadt am Rande des S-Bahn-Netzes von München lebe. Hier nutzen die allermeisten Haushalte ein, zwei oder sogar drei Autos. Noch.

Denn wer einmal Lastenrad gefahren ist, will es behalten. Auch Kinder lieben es, vorne mitzufahren, die ganze große Welt im Blick zu haben – und die Eltern lieben es, ihre Kinder immer im Blick zu haben. Der alte Kühlschrank lässt sich ohne Rückbank-Umklappen zum Wertstoffhof bringen. Selbst der ADAC-Pannendienst fährt mit seinem Lastenrad am innerstädtischen Stau schnell vorbei zum liegen gebliebenen Auto. Paketbot*innen, Handwerker*innen und Kaminkehrer*innen überspringen Parkplatzstress und Schlepperei und fahren direkt vor die Haustür. Lastenräder machen schon heute viele Menschen in Deutschland in ihrem Alltag mobil – und das klimafreundlich und platzsparend.

Kommunen von Bamberg über Freising bis München fördern deshalb den Kauf mit Zuschüssen. Andere Städte wie etwa Konstanz setzen auf „Teilen statt Besitzen“ und haben praktische Leihsysteme eingeführt. Jedes Lastenrad kann ein Auto ersetzen. Ich will mehr davon, für die Mobilität von morgen!

Na, macht dich das neugierig und würdest du auch gerne mit einem Lastenrad deine Wege im Alltag meistern? Dann scanne diesen QR-Code mit deinem Handy und unterschreib jetzt für unsere Forderung nach einem Landesförderprogramm von bis zu 1.000 Euro für ein Lastenrad!

gruene-bayern.de/lastenrad



NIKLAS DEHNE,
LAG VERKEHR

MIT DEM E-ZUG DURCHS LAND

Wir GRÜNE setzen uns für eine Bahn ein, die mit Strom statt mit Diesel fährt – und das überall in Bayern! Noch heute stehen viele wichtige Bahnstrecken ganz im Zeichen des Dieselmotors: zum Beispiel Augsburg–Lindau, Augsburg–Ingolstadt, Hof–Lichtenfels oder Schweinfurt–Erfurt. Dabei ist es wirtschaftlich sinnvoll, Strecken zu elektrifizieren, sobald auf ihnen alle halbe Stunde ein Zug fährt. Wie kommen wir also schneller zu einer sauberen Bahn in Bayern? Das geht, indem wir die Planung spürbar vereinfachen, denn bisher sind die Hürden viel zu hoch. Und was machen wir mit Nebenstrecken, auf denen nur jede Stunde ein Zug fährt? Dort sind batterieelektrische Züge deutlich günstiger als Wasserstoffzüge, denn sie kommen besser durch Bayerns hügelige Landschaft. Die Lösungen sind alle da – jetzt braucht Bayern nur noch frischen Wind durch eine Politik, die sauberen Bahnverkehr endlich umsetzen will!

gruene-bayern.de/lag-verkehr

MANUELA ROTTMANN,
BUNDESTAGSABGEORDNETE

DAMIT AUS CHANCEN ZUKUNFT WIRD

Unsere grüne Bundestagsabgeordnete aus Unterfranken ist nun auch Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Landwirtschaft. Ihre Aufgabe: das Leben auf dem Land noch lebenswerter machen – natürlich auch in Bayern.



Foto: Markus Büttner

Mobilität ist das Lebenselixier dünn besiedelter Räume: Die Auslastung von Kinos und Theatern, der Fortbestand einer gemeinsamen Jugendmannschaft, das Erlernen eines Instruments oder der Ausbildungsbeginn bei der Traumlehrstelle – fast alles hängt davon ab, ob die Menschen zu vernünftigen Bedingungen von A nach B kommen.

Das eigene Auto wird auf dem Land eine wichtige Funktion behalten. Der Umstieg auf den Elektroantrieb ist auf dem Land oft sogar einfacher als in der Stadt. Der eigene Strom kommt vom Dach, das Auto lädt in der Garage. Dennoch wünschen sich Menschen auf dem Land Alternativen zum Auto: Denn Autos verschlingen Unsummen nur für die Fixkosten. Menschen, die zu jung sind, die nicht mehr selbst fahren können oder wollen, die sich kein Auto leisten können oder die auch mal ohne Auto ausgehen wollen: Sie alle brauchen eine alltagstaugliche Alternative.

Für mehr Bewegungsfreiheit ohne Auto werden wir Bahnstrecken wiederbeleben. Wir werden Busse, Bahnen, Carsharing, Radverkehr und Rufangebote von der Haltestelle bis zur Haustür vernetzen. Gute Lösungen für das Land sind vielerorts erprobt. Statt immer neuer Modellprojekte muss jetzt die Regelfinanzierung durch den Freistaat in die Erschließung dünn besiedelter Regionen fließen. Von der Bayerischen Staatsregierung wurde diese Aufgabe bislang liegen gelassen.

Noch immer gibt es nicht überall Verkehrsverbünde. Eine aktive Planung und Unterstützung von Reaktivierungen oder Elektrifizierungen durch die Staatsregierung fehlt und die Regionalisierungsmittel des Bundes in Bayern werden zweckentfremdet. Die Bundesregierung wird in den Gesprächen mit den Ländern über den Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu Recht auf verbindliche Ziele dringen – damit die Mittel für die Verkehrswende auch wirklich auf dem Land ankommen.

Auf der anderen Seite eröffnen wir den Gemeinden auf dem Land mehr eigene finanzielle Gestaltungsspielräume. Die Bundesregierung wird die Beteiligung der Kommunen an der Wertschöpfung durch die Energiewende festschreiben. So kann vor Ort wieder mehr in lokale Infrastruktur, in Orte der Begegnung investiert werden, damit das tägliche Leben wieder näher an die Bürger*innen heranrückt. Wir arbeiten in der neuen Bundesregierung an einer Politik, die den ländlichen Raum in allen Ressorts in den Blick nimmt – damit aus Chancen Zukunft wird.

Dr. Anton Hofreiter, MdB

Wie machen wir Europas Wirtschaft klimaneutral?



Foto: Paul Bohnert

Der Green Deal ist der Fahrplan für ein klimaneutrales Europa bis 2050. Als Zwischenziel hat die EU-Kommission das Paket „Fit for 55“ vorgelegt: Die Treibhausgas-Emissionen sollen bis 2030 um 55 % gegenüber 1990 sinken. Wir GRÜNE und ich als Vorsitzender des Europaausschusses setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass das gelingt. Als Teil einer Bundesregierung, die Klimapolitik in Brüssel nicht mehr abbremst, sondern unterstützt, können wir wirklich etwas bewegen. Ein Kernanliegen ist der EU-Emissionshandel. Er soll verschärft und ausgeweitet werden. Wir brauchen die EU in der Klimapolitik, um mit unseren Partnerländern Lösungen zu finden – wie den CO2-Grenzausgleich. Damit helfen wir Unternehmen, die in Europa CO2-armen und dadurch teureren Stahl herstellen, zu überleben und nicht von „dreckigen“ Stahlimporten von außerhalb verdrängt zu werden. Durch die Energieeffizienz senken wir den Energieverbrauch. Und mit dem Klima-Sozialfonds hilft die EU, dass der wirtschaftliche Wandel Hand in Hand mit den Bürger*innen gelingt.

Tina Winklmann, MdB

Wie finden Bayerns Betriebe neue Fachkräfte?



Foto: GRÜNE im Bundestag, S. Kaminski

Der Fachkräftemangel verlangt uns jetzt schon einiges ab, wenn wir in die verschiedenen Branchen schauen. Menschen wollen Jobs mit Zukunft – und gerade durch den Wandel hin zum nachhaltigen Wirtschaften entstehen solche Jobs. Das Handwerk zeigt uns, wo die Zukunft liegt. Denn die Top 3 der beliebtesten Ausbildungsberufe sind: Elektroniker*innen für Energie- und Gebäudetechnik, Anlagenmechaniker*innen für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik sowie Kfz-Mechatroniker*innen.
Es ist wichtig, dass wir besonders die Aus- und Weiterbildung in den Blick nehmen, damit Bayerns Betriebe weiter ihre Fachkräfte finden. Unser duales Ausbildungssystem ist weltweit Vorbild, das müssen wir nutzen. Kolleg*innen, deren Jobs durch die Veränderungen der Wirtschaft wegfallen, müssen sich weiterbilden können: Das packen wir gezielt an. Menschen, die nach Deutschland einwandern, machen wir es so einfach wie möglich, Teil unserer Gesellschaft und Arbeitswelt zu werden. Wir brauchen sie als Freund*innen und Kolleg*innen.

Saskia Weishaupt, MdB

Wie waren die ersten Wochen im Bundestag?



Foto: Elias Keilhauer

Noch immer kann ich nicht in Worte fassen, wie besonders die ersten Wochen waren. Nicht mal zwölf Stunden nach der Wahlparty ging es nach Berlin: Einführungen, erste Sitzungen, Laptoptaschen und Willkommensdrinks. Ich hatte fast das Gefühl, noch mal eine Uni-Ersti-Woche mitzumachen. Nur etwas surrealer und pompöser.

In den Fraktionssitzungen wurden Sondierungen und Koalitionsverhandlungen vor- und nachbesprochen und Strategien abgesteckt. Die Corona-Pandemie schwebte über allem. Das hat die erste Zeit für mich zu einer dynamischen Zeit gemacht. Denn Sondersitzungen und das Ziel, schnell in effiziente Arbeitsabläufe im Ausschuss für Gesundheit zu kommen, waren absolut notwendig. Das Schöne an all den Herausforderungen: Ich war niemals allein. Gemeinsam mit meinen zwei jungen Kolleginnen Marlene Schönberger und Milla Fester habe ich eine WG in Berlin gegründet. Zusammen den Tag reflektieren und solidarisches Unterstützen bei schweren Aufgaben: Das gibt uns Rückhalt für die nächsten Jahre.

HIER SCHREIBT DIE LANDTAGSFRAKTION

FREIHEIT, WOHLSTAND UND KLIMA SCHÜTZEN

Katharina Schulze
Fraktionsvorsitzende

Wer das Klima schützt, schützt die Freiheit von künftigen Generationen, aber auch im Hier und Jetzt. Das Bundesverfassungsgericht hat dies allen Parteien mit seinem wegweisenden Urteil ins Stammbuch geschrieben. Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins auf die Ukraine wird zusätzlich deutlich: Energiepolitik ist nicht nur Klimaschutz, sondern auch Sicherheitspolitik. Die sozial-ökologische Transformation muss jetzt noch schneller erfolgen, damit wir unabhängig sind von Despoten, Erpressern und fossiler Energie.

Ich bin optimistisch, dass uns das gelingt. Denn Innovationsgeist und Veränderungsbereitschaft sind die Kernzutaten des bayerischen Erfolgsrezepts. Der Fortschrittswille hat bei uns Tradition. Mit dem Blick auf die Zukunft heißt das: Wirtschaftliche Marktführerschaft und bayerischen Wohlstand gibt es nur klimaneutral.

Ich habe im Laufe der Jahre viele Unternehmen besucht und wenn ich mit Industrievertreter*innen spreche, geht es immer um die gleichen Themen, die die Politik leisten soll – egal ob Verbandschef*in, Mittelständler*in aus der Maschinenbaubranche oder Geschäftsführer*in des Chemiekonzerns:

- eine sichere und bezahlbare Energieversorgung,
- moderne, digitale Infrastruktur,
- Förderung von Ressourceneffizienz, Recycling, Kreislaufwirtschaft und Bioökonomie
- ausreichend Fachkräfte und
- Investitionssicherheit.

Eines höre ich nie von unseren Betrieben: Das alles so bleiben soll, wie es ist. Das wissen die Vertreter*innen der Industrie. Das wissen wir Grüne.

Deshalb stellen wir Landtags-Grüne unsere nächste Klausur unter den Titel



Foto: Johannes Kaindl

"Innovationstreiberin Industrie – mit Weitblick in eine klimaneutrale Zukunft". Wir sprechen in Bayreuth über genau diese Themen und präsentieren weitere Ideen, um die Rahmenbedingungen für die Transformation von Bayerns Industrie passend zu gestalten. Wir wissen, welche großen Räder gedreht werden müssen und wollen darüber den Dialog mit der Praxis vertiefen. Wir müssen vorausschauend Ziele definieren und Planungssicherheit geben, schlichtweg den passenden politischen Rahmen setzen. So wie es unser Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck bereits tut.

Durch den fürchterlichen Krieg Putins gegen die Ukraine wurde uns schmerzhaft vor Augen geführt, dass das grüne Ziel "100 % Erneuerbare Energien" eine neue Dringlichkeit bekommt. Die CSU-geführten Regierungen haben uns in Bayern abhängig von russischem Gas gemacht und damit erpressbar für den Despoten Putin. Wirklich frei werden wir erst sein, wenn wir uns selbst versorgen können. Wind und Sonne sind die Lösung, sie gehören niemandem und sind für uns alle da!

So viele Menschen sind vor Putins Bomben geflohen und bei uns in Bayern angekommen. Bayern zeigt Solidarität, das macht mich stolz. Ehrenamtliche und die Kommunen packen an, nehmen Menschen bei sich auf, spenden Geld, ermöglichen Integration. Danke dafür! Das war in den ersten Wochen dringend nötig, jetzt muss aber die Regierung liefern und die Kommunen unterstützen, langfristige Strukturen zu schaffen und Integration zu ermöglichen. Wir bleiben da dran im Landtag, das kann ich Euch versprechen!

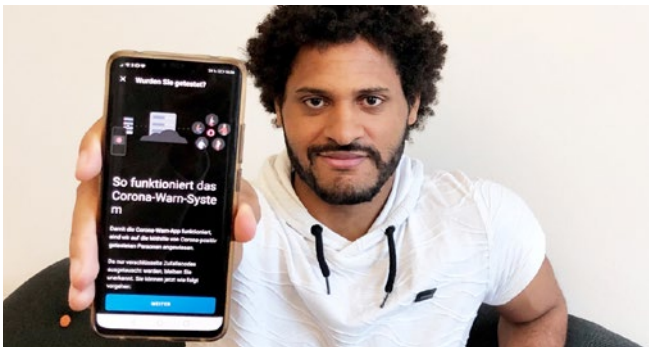
Der Krieg in der Ukraine zeigt: Vieles, was selbstverständlich war, ist es nicht mehr. Vieles muss sich verändern, weil unsere Welt eine andere ist. Wir Grüne können mit unserem festen Blick auf die Zukunft einen großen Unterschied machen – in den Kommunen, im Land und erst recht in der Regierung im Bund! Ich wünsche mir angesichts dieser Lage, dass wir gemeinsam Veränderungen anschieben, schneller werden und die richtigen Weichen stellen, für die aktuellen Herausforderungen.

Unsere Gesetzentwürfe, Anträge, Konzepte und Positionspapiere findet ihr auf unserer Website:

gruene-fraktion-bayern.de

Benjamin Adjei

BAYERN INS DIGITALE JAHRTAUSEND BEFÖRDERN



Zwei Jahre Corona-Pandemie haben die Versäumnisse der letzten Jahre klar offenbart – auch mit Blick auf die Digitalisierung. Keine Bahnfahrt ohne Funkloch, Faxe in den Verwaltungen und Gesundheitsämtern und Lehrkräfte, die nicht einmal einen schulinternen E-Mail-Account haben. Bayern hinkt seinem Anspruch, ein Hightech-Standort zu sein, meilenweit hinterher – insbesondere im öffentlichen Bereich. Jetzt gilt es, unseren Staat zu modernisieren und ins digitale Jahrtausend zu befördern.

Der CSU-FW-Regierung fehlt jedoch der nötige strategische Weitblick für eine kompetente und zielgerichtete Digitalisierung, dies hat sie zuletzt wieder eindrucksvoll bestätigt. Statt die Gesundheitsämter durch geeignete digitale und analoge Maßnahmen zu entlasten und damit die Kontaktnachverfolgung zu verbessern, hat die Staatsregierung lieber die völlig sinnlose Luca-App gekauft – Kostenpunkt fünf Millionen Euro. Erst nach einem Jahr mit viel zusätzlichem Arbeitsaufwand für ohnehin überlastete Gesundheitsämter, folgte der Ausstieg aus diesem teuren Experiment. Bis zum Ende hat kaum ein Gesundheitsamt auf die Daten der Luca-App zugegriffen oder anderweitig Nutzen aus der App ziehen können.

Besonders wichtig ist strategischer Weitblick bei der Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die digitalisierte Welt. Viele Gesetze und Regelungen stammen noch aus dem analogen Zeitalter und verhindern zum Beispiel, dass sich lästige Behördengänge auch digital erledigen lassen.

CSU-Digitalministerin Judith Gerlach hat nun ein Bayerisches Digitalgesetz vorgelegt. Was auf den ersten Blick ganz gut klingt, entpuppt sich bei genauerem Hinschauen aber eher als PR-Gag. Viele der Gesetzesartikel haben praktisch keine Auswirkung und sind zudem sehr unkonkret formuliert. Andere Bundesländer sind hier teilweise schon weiter und haben konkrete Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze, umfangreiche Vorschriften zum Umgang mit Künstlicher Intelligenz und offenen Daten in der Verwaltung oder detaillierte GreenIT-Strategien entwickelt. Hier muss Bayern nachziehen und konkrete rechtliche Rahmenbedingungen für die digitale Welt schaffen. Wir Grüne wollen Bayern ins digitale Jahrtausend befördern.

Christian Zwanziger

TOURISMUS AUS DER KRISE HELFEN



Die Corona-Pandemie hat den Tourismus schwer getroffen. Nach dem Rekordjahr 2019 halbierten sich 2020 die Gästeankünfte in Bayern. Nicht alle Betriebe überstanden zwei Jahre Einschränkungen, Beschäftigte wechselten in andere Branchen. Vor allem der Städtetourismus ist stark betroffen. Und dennoch offenbarte die Krise auch Stärken im bayerischen Tourismus. So ist der Tourismus nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Gerade in Zeiten von Kontaktbeschränkungen zeigte sich der Wert weitläufiger Landschaften und unberührter Natur. Engagierte Gastgeber*innen und aktive Branchenverbände konnten den Gästen Sicherheit vermitteln und viele Übernachtungsmöglichkeiten, beispielsweise in den Alpen, waren in den letzten beiden Sommern nahezu ausgebucht.

Und dennoch bleibt Handlungsbedarf, den auch die Krise verdeutlichte. Je resilienter Tourismus aufgestellt ist, desto besser können die Herausforderungen unserer Zeit, beispielsweise die Klimakrise, bewältigt werden. Für zukunftsfähigen, nachhaltigen Tourismus brauchen wir kein Steuergeld für Schneekanonen und dürfen Erfolg nicht alleine an ständig steigenden Übernachtungszahlen messen. Wir brauchen eine intakte Natur und engagierte Menschen, die deren Einzigartigkeit den Tourist*innen, die sie genießen, vermitteln. Wir brauchen moderne Mobilitätskonzepte, die einen Urlaub ohne Auto bequem und praktisch möglich machen. Und wir brauchen attraktive, ganzjährige Angebote, statt hektische Festivalisierung zu befeuern.

Dafür schaffen wir die politischen Rahmenbedingungen und unterstützen Betriebe und Destinationen. Wir Grüne setzen deshalb im Staatshaushalt andere Prioritäten in der Tourismusförderung. Bei der umstrittenen Seilbahnförderung, die auch den Ausbau von Beschneiungsanlagen und den Bau von Parkplätzen subventioniert, sparen wir beispielsweise ein. Stattdessen wollen wir Kommunen bei Konzepten für nachhaltige Mobilität am Urlaubsort unterstützen und in eine nachhaltige, krisenfeste Entwicklung von Destinationen investieren. Steuergelder sollten schließlich nicht krampfhaft in den Erhalt des Status Quo fließen, sondern Perspektiven für die Zukunft schaffen – für Erholungsuchende, für Einheimische und den Erhalt unserer Natur.

Johannes Becher

KITA-ELTERN EINE STIMME GEBEN



Kita-Eltern müssen gehört und die Interessen ihrer Kinder berücksichtigt werden. Bayern braucht eine Landeselternvertretung! Von Qualitätsstandards und Personalschlüsseln in den Kitas bis hin zu Corona-Testnachweisen durch die Familien: Der Freistaat macht seine Vorgaben, ohne regelmäßig abzugleichen, ob diese sich noch mit der Lebensrealität der Familien vertragen. Die Corona-Pandemie hat diese Fehlstellen leider noch weiter verdeutlicht. Die Strukturen müssen sich den immer wandelnden Lebensrealitäten und Bedürfnissen der Kinder und ihren Familien anpassen – nicht umgekehrt.

Gemeinsam mit SPD und FDP im Bayerischen Landtag fordern wir mit einem Gesetzentwurf für eine bayerische Landesvertretung im Kita-Bereich mehr politische Partizipation für Eltern und ihre Kinder. Denn in Bezug auf die grundlegenden Strukturen für Träger und Einrichtungen auf Landesebene existiert bislang kein Gremium, das die Bedürfnisse der Familien mit Kindern im Kita-Alter gegenüber der Staatsregierung vertritt. Wir wollen mehr Mitsprache zum Wohle unserer Kinder.

Ein Landeselternbeirat soll durch das zuständige Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales informiert werden und ein Anhörungsrecht bei betreffenden Themen besitzen. In Fragen der Kinderbildung und -betreuung würde ein Landeselternbeirat beratend tätig werden und die vielen Anliegen der Eltern bündeln können.

Die Vielfalt ist hier entscheidend: Es gibt nicht die eine Lebenswirklichkeit für Familien. Vielmehr herrscht eine riesige Heterogenität, die sich z.B. je nach Region, Alter oder Betreuungsform der Kinder unterscheidet. Der Landeselternbeirat soll hier ein möglichst breites Spektrum abbilden und diese Vielfalt aus den Gesamtelternbeiräten auf (inter-)kommunaler Ebene heraus gut vertreten.

Das gelingt mit einem demokratisch legitimierten Landeselternbeirat, einer Servicestelle für Elternarbeit und der Möglichkeit, Gesamtelternbeiräte in den Kommunen einzurichten. Wir wollen Politik für die Familien mit den Familien. Eltern und ihre Kinder müssen endlich auf Landesebene vom Zaungast zum gleichberechtigten Teammitglied der bayerischen Kita-Politik werden.

Gülseren Demirel

RAHMENBEDINGUNGEN FÜR GEFLÜCHTETE VERBESSERN



Foto: Andreas Gebert

Der russische Angriff auf die Ukraine zwingt schon jetzt hunderttausende Menschen in die Flucht. Zahlreiche Menschen erreichen gerade Bayern. Sie können visumfrei einreisen und bisher selbst entscheiden, wo sie bleiben möchten. Mit der Regelung des vorübergehenden Schutzes nach §24 AufenthG erhalten sie unkompliziert Bleiberecht und unterliegen keinem Arbeitsverbot. Damit gelten für sie nicht die unmenschlichen Regeln des Asylsystems.

Die Erstbetreuung wird vor allem von Ehrenamtlichen, Wohlfahrtsverbänden und Katastrophenschutz – sowie durch viele kleine und große Gesten der Zivilbevölkerung – geleistet. Das humane Rückgrat Bayerns wird hier sichtbar.

Wer aber dringend aktiver werden muss, ist die Staatsregierung. Sie muss endlich mehr in Steuerung und Maßnahmen für die psychologische, medizinische und soziale Betreuung investieren. Auch der Zugang der Geflüchteten zum Arbeitsmarkt gehört unterstützt. Bayern braucht spätestens jetzt ein Konzept für die bessere Integration in Kitas und Schulen. Unsere Forderungen nach mehr Lehrkräften und Erzieher*innen mit Migrationsgeschichte bekommen bei der Aufnahme von ukrainischen Kindern ins Schulsystem eine noch höhere Brisanz.

Eine menschenwürdige Aufnahme, gute Betreuung und schnelle Integrationsmaßnahmen stehen allen Geflüchteten zu. Die Rahmenbedingungen müssen sich für alle verbessern. Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz, die strikte Zuweisung in Kommunen gegen den Wunsch der Betroffenen und die lange Unterbringung in Massenlagern müssen geändert werden. Solche Gängelungen gehören für alle beendet und alle müssen so schnell wie möglich dezentral untergebracht werden.

Selektive Solidarität ist keine Solidarität. Ob Menschen vor Bomben oder Hunger fliehen, darf keinen Einfluss auf unsere Aufnahmebereitschaft haben. Es darf keine Rolle spielen, welche Hautfarbe Menschen haben oder von welchem Kontinent sie stammen, wenn sie hier Schutz suchen. Die Ära der selektiven und integrationsfeindlichen Politik der CSU-FW-Regierung muss endlich enden. Wer an Bayern denkt, denkt an Herzlichkeit, Offenheit und Gastfreundschaft – das sollte sich auch beim Umgang mit allen Geflüchteten widerspiegeln.

Anna Schwamberger, Gülseren Demirel

GEFLÜCHTETE KINDER INTEGRIEREN



Der Krieg in der Ukraine zwingt die Menschen zur Flucht – so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Darunter vor allem Kinder und Jugendliche mit ihren Familien. Sie bringen Hoffnungen auf ein friedliches Leben mit, haben meist aber auch Traumata im Gepäck. Um diesen Kindern ein Stückchen Normalität und Träume zurückzugeben, muss ihnen ihr Recht auf Bildung garantiert werden!

Für Geflüchtete beginnt die Schulpflicht drei Monate nach der Ankunft in Bayern. Die Kinder und Jugendlichen treffen hier jedoch vielerorts auf ein erschöpftes Schulsystem. Auf Schulen, denen Lehrkräfte fehlen. Die, die da sind, sind von den Strapazen der Corona-Schuljahre ausgelaugt. Sie treffen auf Schulpsycholog*innen, die mit ihren Anrechnungsstunden schon im Alltag kaum hinterherkommen.

Unser Antrag „Geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine sofort im Bildungssystem integrieren" fordert die Staatsregierung dazu auf, umgehend eine Struktur aufzubauen, die sicherstellt, dass diese Kinder gut in unser Bildungssystem integriert werden. Da nicht abzuschätzen ist, ob die geflüchteten Kinder jemals wieder in ihr Heimatland zurückkönnen, müssen wir dafür sorgen, dass sie neben ihrer Muttersprache auch schnellstmöglich die deutsche Sprache lernen.

Wir fordern daher eine Ausweitung des Vorkurses „Deutsch 240" im Elementarbereich sowie eine Erhöhung der Anzahl der Deutschklassen, die in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen haben. Da die Kinder und Jugendlichen oftmals traumatisiert sind, müssen wir dafür sorgen, ihnen Ansprechpersonen zur Verfügung zu stellen und ihnen Sicherheit vermitteln. Herkunftssprachlicher Unterricht, der Ausbau schulpsychologischer Tätigkeitsstunden, ein Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zum Umgang mit traumatisierten Schüler*innen sind dafür die Bausteine!

Die Corona-Pandemie hat uns bereits eindrücklich gezeigt, was passiert, wenn die Schulen von der Staatsregierung im Regen stehen gelassen werden. Wir dürfen diese Fehler nicht mehr wiederholen und fordern die Staatsregierung auf, den geflüchteten Kindern und Jugendlichen Perspektiven zu schaffen und ihre Zukunft zurückzugeben!

Gabriele Triebel, Sanne Kurz, Toni Schuberl

FÄLLE SEXUALISIERTER GEWALT AUFKLÄREN



Die Münchner Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl sprach bei der Vorstellung ihres Missbrauchsgutachtens für das Erzbistum München und Freising Anfang des Jahres von einer „Bilanz des Schreckens". Knapp 500 Kindern und Jugendlichen wurde laut der Studie zwischen 1945 und 2019 von Bistumsangehörigen sexualisierte Gewalt zugefügt. Mindestens 235 mutmaßliche Täter zählte die Anwaltskanzlei – darunter 173 Priester. Dabei handelt es sich um das sogenannte Hellfeld. Die Gutachter*innen rechnen mit einer weitaus höheren Dunkelziffer.

Das Ausmaß sexuellen Missbrauchs im Bistum München und Freising schockiert. Wir Landtags-Grüne sind der Auffassung, dass nicht zuletzt auch personelle Konsequenzen notwendig sind. Angesichts des mangelhaften Aufklärungswillens von Bistumsverantwortlichen haben wir in einem offenen Brief den sofortigen Rücktritt von Prälat Lorenz Wolf von allen öffentlichen Ämtern gefordert. Der oberste Kirchenrichter im Erzbistum hat wesentlich dazu beigetragen, dass Missbrauchsfälle vertuscht wurden.

Umso wichtiger ist es jetzt, dass eine Aufarbeitung des Missbrauchs der Kirchen in Eigenregie nicht mehr toleriert wird. Allein staatliche Stellen haben darüber zu befinden, ob etwas strafrechtlich relevant ist oder nicht. Daher haben wir die Staatsregierung in unserem Grünen Dringlichkeitsantrag aufgefordert, eine unabhängige Kommission einzurichten, die neben der Aufklärung der Missbrauchsfälle auch mögliche Versäumnisse der bayerischen Behörden und Gerichte in den Blick nimmt. Von CSU-Justizminister Eisenreich fordern wir ergänzend einen detaillierten Bericht über mögliche Versäumnisse innerhalb der Justiz bei der Aufklärung von Fällen sexualisierter Gewalt in Bayerns Bistümern. Jegliche Schonbehandlung von möglichen Tätern aus dem Kreis der katholischen Kirche muss beendet werden.

Im Vordergrund der Aufarbeitung muss jedoch die Perspektive der Opfer der Gewalttaten stehen. Daher fordern wir die sofortige Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle, welche Betroffene von sexualisierter Gewalt im kirchlichen Kontext und deren Angehörige kostenfrei und anonym mit psychologischer und juristischer Beratung unterstützt.





SICHER, FREI, KLIMANEUTRAL

ENERGIEPOLITIK IST SICHERHEITSPOLITIK

Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig

Wir sind verletzlich. Politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich. Das haben wir innerhalb von nur zwei Jahren zweimal schmerzlich erkennen müssen: Erst hat Corona an der Funktionsfähigkeit unseres Staates, am gesellschaftlichen Leben und unserer wirtschaftlichen Stabilität gerüttelt. Jetzt erschüttert ein Invasionskrieg in Europas Osten vermeintliche Selbstverständlichkeiten unserer Energieversorgung. Energiepolitisch haben wir uns als Deutschland und Bayern vor allem in den letzten Jahren abhängig von Putins despotischem Regime gemacht. 90 Prozent der bayerischen Gaslieferungen kommen aus Russland. Aus keinem Bundesland ging 2021 auch nur annähernd so viel Geld für Öl und Gas nach Moskau wie aus Bayern: Laut Statistischem Bundesamt 5,7 Milliarden Euro – etwa 29 Prozent der bundesweiten Summe.

Seit Edmund Stoiber reisen die CSU-Ministerpräsidenten öfter nach Moskau als irgendwo sonst hin. Als Gegenleistung flossen große Mengen von russischem Gas nach Bayern. Doch Söder & Co haben sich bei dieser vermeintlichen geostrategischen Liaison verkalkuliert: Durch blindes Vertrauen auf Putins Gas hat die CSU die Energiesicherheit des Freistaates verspielt. Seit Jahren blockiert die CSU den notwendigen Ausbau der Windkraft durch die 10H-Regelung und legt der Sonnenenergie auf Bundesebene immer wieder Steine in den Weg.

Aktuell wird uns das schonungslos vor Augen geführt: Unsere fatale Abhängigkeit von Gas, Öl oder Kohle aus Russland. Wenn wir zögern, ein Energieembargo gegen Russland zu verhängen, dann handeln wir nicht frei. Dann stehen Werte wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte hinter unserer Energieabhängigkeit zurück. Das lässt nur einen Schluss zu: Wir müssen uns von unseren fossilen Energie-Fesseln schleunigst befreien, ohne neue Abhängigkeiten zu schaffen. Deshalb ist es auch keine Option, jetzt einfach Gas aus Russland durch Gas aus Katar oder Aserbaidschan zu ersetzen.

Unsere gemeinsame Anstrengung muss einem gemeinsamen Ziel dienen: Eine stabile, freie und klimaneutrale Energieversorgung für unser Land, die unseren Wohlstand langfristig sichert, uns unabhängig und frei macht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützt. Wind und Sonne kosten nichts, sind endlos verfügbar und kein autoritärer Machthaber kann sie für sich vereinnahmen. Das Wissen, die Technik und den Anpackergeist haben wir bereits im Land. Wir müssen diese Chance ergreifen, die Erneuerbaren Energien beschleunigt auszubauen. Bayern kann und muss hier seinen Beitrag leisten. Wir brauchen eine Energiepolitik der Möglichkeiten, statt der Blockaden. Eine Politik, die alle einbindet und Lust zum Mitmachen macht.

Die Zeiten haben sich nach Putins Angriffskrieg geändert. Sie werden herausfordernd sein und uns allen viel abverlangen: Steigende Heizkosten, steigende Benzinkosten, steigende Lebensmittelkosten. Umso wichtiger bleibt: Unsere langfristige Perspektive nicht aus dem Auge zu verlieren und Maßnahmen zu ergreifen, die unsere Unabhängigkeiten und unsere Resilienz stärken. Wo es nur geht müssen wir Energie sparen und effizienter nutzen. Jeder Liter Öl, jede Schaufel Kohle und jeder Kubikmeter Gas, den wir nicht verbrauchen, macht uns ein Stück weit unabhängiger von dreckiger fossiler Energie – ein zweifacher Gewinn: Wir füllen keine Kriegskassen autoritärer Staaten und schützen das Klima. Wer von den hohen Energiepreisen existenziell betroffen ist, muss unterstützt werden. Maßnahmen wie Energie-Checks in allen bayerischen Häusern und Wohnungen und die Halbierung der Bus- und Bahn-Ticket-Preise würden hier schnell nötige Anreize setzen. Täglich ein Stück näher an das Ziel: 100 Prozent Erneuerbare beim Strom, beim Heizen unserer Gebäude und bei der Art, wie wir von A nach B kommen.

Sicher, frei, klimaneutral – so stellen wir uns unsere Energieversorgung vor, besser früher als später. Auch, um endlich das zu werden, was wir sein wollen: Ein Land, das Freiheit, Demokratie und Menschenrechte lebt und verteidigt. Ein Land, das seinen Wohlstand auf saubere Energien gründet. Ein Land, das wirklich souverän handelt, weil es das auch kann.

WIR TRAUERN UM KÄTHE LIEDER

Christine Scheel, Margarete Bause

Käthe Lieder starb am 21. Januar 2022 mit 78 Jahren in Schöllkrippen-Schneppenbach im Landkreis Aschaffenburg. Wir trauern um ein äußerst engagiertes Mitglied, das unsere Partei fast 40 Jahre lang geprägt hat.

Anfang der 1980er gründete Käthe den Ortsverband Mömbris im Landkreis Aschaffenburg mit und wurde bald Geschäftsführerin des Kreisverbandes. Bis 2018 war sie Schatzmeisterin in Aschaffenburg-Land, 2019 wurde sie zum Ehrenmitglied ernannt.

Käthes Lebensthema war die radikale Reform des Strafvollzugs. Zehn Jahre lang, von 1989 bis 1999, war sie die erste und einzige „Knastreferentin" des Landesverbandes und setzte sich unermüdlich für die Rechte der Insassen in Bayerns Gefängnissen ein. Dies brachte ihr viele Anfeindungen ein, besonders aus den Reihen der CSU. Doch Käthe ließ sich weder einschüchtern noch mundtot machen. Stattdessen deckte sie in der JVA Straubing illegale Menschenversuche mit Psychopharmaka auf und erzwang einen Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags.

Mit Käthe verlieren wir ein grünes Urgestein, eine unbeugsame Kämpferin und Wegbereiterin für grüne Ideen. Wir werden immer in Dankbarkeit an sie denken.



JUGEND PRÄGT KULTUR – WENN SIE MITENTSCHEIDET

GRÜNE JUGEND

Katharina Sparrer und Nico Heitz, Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Mit Aufgeschlossenheit, Geld und erschwinglichen Räumen wächst Jugendkultur oft wie von selbst. Und ja, Jugendkultur kann und darf auch mal laut und dreckig sein. Sie kann nur da aufblühen, wo es auch junge Menschen in Entscheidungspositionen gibt. Wichtig sind aber auch ältere Menschen, die diese Beteiligung ermöglichen und initiieren. Jugendpolitik findet nicht nur statt, wenn es explizit um Fragen der Jugend und der Jugendhilfe geht – sondern immer dann, wenn sich die Folgen politischer Entscheidungen auf junge Menschen auswirken, ob aktuell oder in der Zukunft.

Jugendpolitik erstreckt sich auf fast alle politischen Handlungsfelder: Es geht darum, dass Politik einen Beitrag zu Chancengleichheit und Generationengerechtigkeit leistet und jungen Menschen Lebensperspektiven und Entwicklungsmöglichkeiten bietet.

Ein Stichwort für gelungene Jugendpolitik ist „Selbstermächtigung". Junge Menschen müssen die Erfahrung machen, ihre eigenen Interessen selbst zu vertreten, wirklich selbst gestalten und verändern zu können. Beides lernen sie an Orten, an denen sie sich entfalten können. Das sind Jugendzentren, Proberäume für Bands oder andere freie Räume ohne Konsumzwang. Jugend gehört mittenrein die Gemeinde, nicht an ihren Rand. Dafür muss die Jugend auch in der Stadtplanung mitgedacht werden, gerade in Ortszentren.

In der Kommunalpolitik spielen Jugend-Gemeinderät*innen eine wichtige Rolle: Denn sie sind eine Anlaufstelle für junge Menschen und nehmen durch Haushaltsanträge echten Einfluss. Sinnvoll ist ein eigener Haushaltsposten für Jugendkultur, über den die Jugend selbst verfügen kann. Und natürlich sollte der häufig ganz eigene, unangepasste Charakter der Jugendkultur akzeptiert werden, auch bei der Vergabe von Jugendkulturpreisen.

Liebe Freund*innen, nehmt junge Menschen in den Kreis- und Ortsverbänden in eure Mitte, fördert sie, setzt sie auf die Listen. Denn es gilt: Jugendpolitik ist keine Problemlösungspolitik, sondern ein eigenes Politikfeld mit Querschnittsanspruch.



Foto: Isolde Ohlbaum

Ulrich Gensch

Hundert Jahre Carl Amery

Carl Amery war kritischer Katholik, patriotischer Bayer und Grüner der ersten Stunde. Der 9. April 2022 wäre sein 100. Geburtstag. Amerys Leben war vielseitig, sein Werk facettenreich und sein politisches Engagement umfassend. Ich möchte von seiner Mitwirkung an der Entstehung der GRÜNEN erzählen.

Anfang der 1970er entstand die Umweltbewegung. Sehr wichtig waren für sie politische Sachbücher, die damals große Resonanz fanden. 1972 veröffentlichte Amery „Das Ende der Vorsehung" und 1976 „Natur als Politik". 1979 kandidierte er für das Europaparlament, 1980 war er an der Gründung der GRÜNEN beteiligt. Besonders intensiv bemühte sich Carl Amery darum, dass die neue Partei ihre Theorie-Abstinenz überwindet. Darum initiierte er bereits 1980 die E. F. Schumacher-Gesellschaft, die zur ersten grün-nahen Stiftung wurde. In den folgenden Jahren kam es jedoch dazu, dass Carl Amery innerhalb der grünen Partei unverstanden blieb und keine Resonanz für seine Vorschläge finden konnte. 1988 trat er aus. Der grünen Idee blieb er aber bis zu seinem Tod 2005 eng und freundschaftlich verbunden.

Die Gründung der GRÜNEN und ihr anschließendes enormes Wachstum waren nur möglich, weil Pioniere wie Carl Amery in den 1970er-Jahren gegen erhebliche Widerstände die fundamentale Bedeutung der Ökologie betonten und die theoretischen Grundlagen für die neue Politik legten.

Komm zum GRIBS-Kommunalkongress!

Kühler Kopf und trockene Füße: Hier dreht sich alles um die Klimaanpassung in der kommunalen Praxis. Die Klimakrise ist da und stellt unsere Kommunen vor neue Aufgaben: Hitzeaktionsplan, Sturzflutmanagement und Schwammstadt-Konzept, Katastrophenschutz im Akutfall … Aber wie setze ich all diese Maßnahmen konkret um – und nehme die Menschen dabei mit? Dazu erwarten dich kompetente Referent*innen mit konkreten Lösungen, ein Künstler mit überraschenden Ideen und anregender Austausch untereinander.

Wann? 6.–7. Mai 2022
Wo? Feuchtwangen, Bauakademie
Wer? Veranstaltet von GRIBS-Bildungswerk und Petra-Kelly-Stiftung
Und du! Herzlich eingeladen sind alle, denen unsere Dörfer und Städte am Herzen liegen.
Melde dich hier an: gruenlink.de/2gpb

Bayernweite Termine
findest du immer aktuell auf **gruene-bayern.de/termine**
Schau gleich mal rein!

Impressum

Herausgeber*innen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Bayern
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. 089/211 597-0
Fax 089/211 597-24
landesverband@gruene-bayern.de
www.gruene-bayern.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München
Tel. 089/4126-2493
Fax 089/4126-1494
info@gruene-fraktion-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de

Redaktion (Landesverband)
Laura Heiser,
Angela Kirschbaum (verantwortl.),
Eva Lettenbauer, Thomas von Sarnowski

Redaktion (Landtagsfraktion)
Lena Motzer (verantwortl.),
Katharina Schulze, Ludwig Hartmann

Gestaltung
Andreas Gregor,
info@andreasgregor.com

Bildnachweis
Titelbild: SimonSkafar, Getty

Redaktionsschluss
10.03.2022

Druck
Dierichs Druck+Media, Kassel
Auflage: 18.750
Gedruckt auf LEIPA ultraMAG PLUS silk, FSC-zertifiziert

Datenschutz
Du hast das Recht, jederzeit gegen die Verarbeitung der dich betreffenden personenbezogenen Daten, die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen. Bitte kontaktiere uns dazu per E-Mail unter landesverband@gruene-bayern.de. Unsere ausführliche Datenschutzerklärung findest du unter gruene-bayern.de/datenschutz.



MACH MIT! SO GEHT'S:

Du bist neu bei uns GRÜNEN? Oder schon länger dabei, aber noch nicht so richtig ins Machen gekommen? Wir freuen uns auf jeden Fall sehr, dass du da bist!
Es gibt viele Wege, wie du dich bei uns engagieren kannst:

LEVEL 1

Schau dich erst mal um

Abonniere unsere Social-Media-Kanäle und schalte die Notifications ein! Alle Links findest du hier: gruene-bayern.de/social. Oder bekommst du Neuigkeiten lieber per Mail? Dann melde dich zu unserem Mitmach-Verteiler an: gruene-bayern.de/mitmachteam

LEVEL 2

Lerne Leute kennen

In deiner Nähe freuen sich die anderen grünen Mitglieder auf dich! Wie wär's, wenn du dich einfach mal bei ihnen meldest oder zu einer Veranstaltung gehst? Alle grünen Kreisverbände in Bayern findest du hier: gruene-bayern.de/gruene-vor-ort

LEVEL 3

Richte dich im grünen Netz ein

Wusstest du, dass du als grünes Mitglied viele praktische Online-Tools nutzen kannst, kostenlos, mit 1A-Datenschutz? Deine Cloud heißt ab sofort grüne Wolke, dein Doodle heißt Termite, dein Slack heißt Chatbegrünung und lässt sich auch für Video-Calls nutzen.
Dein Passwort zum grünen Netz hast du per Brief bekommen. Logge dich gleich hier ein: netz.gruene.de
(oder hol dir ein neues Passwort per Mail an netz@gruene.de)

LEVEL 4

Lass dein Geld für uns arbeiten

Mit deinem Mitgliedsbeitrag trägst du ganz entscheidend dazu bei, dass wir unsere grünen Ideen in jede Ecke Bayerns tragen können. Wenn du magst und kannst, stock deinen Beitrag gerne noch ein bisserl auf – oder spende schon jetzt für die Landtagswahl 2023: gruene-bayern.de/spenden

LEVEL 5

Bring deine Ideen ein

Ein Bus, der endlich auch bis ins letzte Dorf fährt, ein Pflegedienst, der auch mal Zeit zum Ratschen hat … Das Leben der Menschen in Bayern könnte noch so viel besser sein! Welche Ideen hast du? In unseren Landesarbeitsgemeinschaften kannst du sie einbringen: gruene-bayern.de/lag. Und auch für unser Regierungsprogramm 2023 brauchen wir dich. Mehr Infos auf Seite 5 dieses Hefts.

LEVEL 6

Mach's dir leichter, bild dich weiter

Veranstaltungen organisieren, Freiwillige motivieren, politische Konzepte entwickeln, selbst kandidieren: Es gibt so viel Unterschiedliches zu tun. Lass dir dabei helfen und nutze unsere Bildungsangebote. Dort lernst du in kurzer Zeit alles, was wirklich wichtig ist: gruene-bayern.de/bildungsangebote

Alle Links auf einen Klick:
gruene-bayern.de/aktiv-werden